



Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität & Vielfalt

Hamburger Programm der Schwusos

**Grundsatzprogramm des
Arbeitskreises Schwusos,
Lesben und Schwule in der SPD
2008 – 2010**

Beschluss der Bundeskonferenz
am 16. Februar 2008 in Hamburg

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	6
Bildung	7
Kindergarten und Schule	7
Hochschule	7
Homosexualität im Alter	8
Gesundheit	9
Männergesundheit – Frauengesundheit	9
Gender Studies – Queer Studies	11
Ehe und Familie	12
Steuerliche Gleichstellung	13
Abschaffung des Ehegattensplittings	13
Antidiskriminierung	14
Diversity – Wirtschaft	14
Änderung des Transsexuellengesetzes	15
Kirchen und Glaubensgemeinschaften	16
Integration, Migration und Homosexualität	17
Internationales	18
Asyl	18
Gewalt gegen Lesben und Schwule	19
Lesben und Schwule im Sport	19

**»Lass dir keine Grenzen setzen
in deiner Liebe, nicht Maß, nicht Art,
nicht Dauer.«**

Friedrich Schleiermacher

Vorwort

»Wir haben eine erfolgreiche Bundeskonferenz hinter uns gebracht, die sehr gute inhaltliche Richtlinien gesetzt hat. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz hat die SPD sehr gute Grundlagen für die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern geschaffen. Jetzt gilt es, diese mit Leben zu füllen – um das Ziel der vollständigen Gleichstellung zu erreichen«.

Sozialdemokratische Partei Deutschland
Arbeitskreis Lesben und Schwule
(Schwusos)

Ansgar Dittmar
Vorsitzender

Einleitung

Mit der Regierungsbeteiligung der SPD seit 1998 hat gesetzliche Gleichstellung homosexueller Lebensweisen mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz ein Gesicht bekommen. Doch es sind noch nicht alle Benachteiligungen für gleichgeschlechtlich lebende Menschen aufgehoben worden. Ein großer Schritt für die Gleichbehandlung homosexueller Menschen war die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft (LPartG). Ein weiterer Erfolg war die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Doch war dies nur ein Anfang. Die Community ist gefordert, die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von homosexuellen Frauen und Männern Realität werden zu lassen.

Auch fünf Jahre nach Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist es für große Teile der Gesellschaft noch immer keine Selbstverständlichkeit, dass das homosexuelle Zusammenleben auch Familie bedeutet, dass diese Paare Verantwortung füreinander und für Kinder übernehmen.

Die Akzeptanz homosexuell lebender Menschen ist nicht nur eine Frage der Gesetzgebung. Vielmehr muss darauf hingewirkt werden, dass diese Lebensweisen durch die Gesellschaft anerkannt und akzeptiert werden. Geeignete Maßnahmen zur Aufklärung aller in unserer Gesellschaft lebenden Menschen müssen entwickelt und forciert werden.

Der Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos) verfolgt eben diese Ziele. Ihm gehören homosexuelle Frauen und Männer, Bisexuelle und Transgender aus der SPD sowie Interessierte, die sich den sozialdemokratischen Idealen verbunden fühlen an. Nur das, was wir innerhalb der Volkspartei SPD durchsetzen können, hat die Chance, in der gesamten Gesellschaft mehrheitsfähig und politisch durchgesetzt zu werden. In diesem Sinne sagen wir selbstbewusst: Fortschritt gibt es nur mit uns.

Mit unserem Engagement im Arbeitskreis stellen wir uns den Problemen, mit denen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender im Alltag konfrontiert werden. Wir kämpfen für die Emanzipation und Gleichbehandlung lesbischer, schwuler, bi- und transsexueller Lebensformen.

Bildung

Bildung befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Neben der Chance auf soziale Sicherheit bietet sie die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Generationen und der unterschiedlichen Kulturen in unserem Land.

Grundlage dafür ist ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der die Normalität und die Vielfalt des Zusammenlebens vermittelt.

Dies muss bereits im Kindergarten beginnen und sich in allen Schul- und Ausbildungsformen fortsetzen. Um das zu gewährleisten, erachten wir ein schlüssiges Aus- und Weiterbildungskonzept für alle Frauen und Männer, die Wissen vermitteln, für unabdingbar.

Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass sämtliche Bildungseinrichtungen, staatlich und privat, beginnend vom Kindergarten an bis zur Hochschule als diskriminierungsfreier Raum für Lehrende und Lernende garantiert sind.

Kindergarten und Schule

Alle sollen die gleiche Chance haben, freien Zugang zu Wissen und Bildung zu erhalten, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft. Der Besuch von Kindergarten und Schule sowie die Anschaffung notwendiger Lehrmittel muss gebührenfrei sein.

Die Thematik der unterschiedlichen sexuellen Identitäten muss sich im Fächerkanon der unterschiedlichen Schulformen wiederfinden und darf nicht nur im Rahmen der AIDS- oder Gesundheitsaufklärung thematisiert werden.

In allen Bildungseinrichtungen müssen qualifizierte und kompetente Vertrauenspersonen für Lernende und Lehrende zur Verfügung stehen, die bei Problemen und Fällen von Diskriminierung weiterhelfen können.

Hochschule

Wir Lesben und Schwule in der SPD fordern eine Unterstützung für die Studierenden zum Ausgleich für die unsozialen Studiengebühren, die durch die Bundesländer eingeführt wurden. Daher fordern wir die Einführung einer einkommensunabhängigen Grundförderung für alle Studentinnen und Studenten nach skandinavischem Vorbild. Das BAföG muss dahingehend grundlegend reformiert werden.

Der Reform der Studiengänge in den letzten Jahren durch die Einführung modularisierter Studienfächer und -abschlüsse begleiten wir äußerst kritisch: Die Einführung hat zu einem massiven Finanzbedarf insbesondere kleiner Fakultäten geführt, der meist nicht gedeckt worden ist, sondern vielfach als Anlass genommen wurde, den Fortbestand dieser Fächer und Institute in Frage zu stel-

len. Dies darf nicht weiter zu Lasten der Vielfalt der Forschungslandschaft gehen.

Des Weiteren muss in höchstem Maße sichergestellt werden, dass es einen freien Zugang zu den Masterstudiengängen gibt. Die Einführung von Studiengebühren endet in der Zweiklassen-Bildungsgesellschaft. Bildung darf aber nicht vom Einkommen der Eltern abhängen! Hier ist sind vernünftige Gesamtkonzeptionen durch den Bund gefordert.

Der Fortbestand der autonomen Lesben- und Schwulenreferate an den Hochschulen muss gewährleistet sein. Eine Zusammenarbeit zwischen den Referaten und dem Arbeitskreis ist mögliches Ziel der politischen Aktivitäten.

Homosexualität im Alter

Der demografische Wandel wird an der lesbisch-schwulen Gemeinschaft nicht vorbei gehen. Lesben, Schwule, Transgender und Bisexuelle müssen auch im Alter ihre sexuelle Identität in Würde leben können.

Einzelne Ansätze, die dieses gewährleisten sollen, etwa Seniorenheime, Pflegedienste oder Mehrgenerationenhäuser speziell für Homosexuelle halten wir für sinnvoll und erstrebenswert. Diese Segregation ist derzeit politisch notwendig, grundsätzliches Ziel bleibt aber, dass lesbischschwule Seniorinnen und Senioren diskriminierungsfrei in Senioren- und Pflegeheimen leben, altern und sterben können. Die Ausbildung und Sensibilisierung des Pflegepersonals hinsichtlich sexueller Identität stellt dahingehend einen Kernmoment dar.

Wir wollen ein Miteinander der Generationen in der lesbisch-schwulen Community.

Gesundheit

Unterschiede im Hinblick auf den sozialen Status, die kulturelle Identität, das Geschlecht, Alter, Behinderungen und die sexuelle Orientierung (Diversität) müssen in Zukunft im Bereich der Gesundheitsförderung stärker berücksichtigt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich hier – trotz aller gesellschaftspolitischer Verbesserungen – der Einfluss von als mehr oder weniger diskriminierenden Umwelten bemerkbar macht. Diese und andere Kontexte des Gesundheitsverhaltens müssten auch im Bereich der Forschung verstärkt in den nächsten Jahren berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass sich die Gesundheitsforschung nicht mehr am Begriff der Homosexualität orientiert, sondern das Sexualverhalten jedes Einzelnen in den Blick nimmt.

Gut dokumentiert und in den letzten Jahren begleitet durch erste weitergehende Forschungsarbeiten bei homosexuellen Männern sind die HIV-Neudiagnosen. In statistischen Befragungen ließ sich einerseits feststellen, dass das Informationsniveau im Hinblick auf die Übertragungsrisiken und die Schutzmotivationen in dieser Gruppe – auch im Vergleich mit anderen Industrienationen – sehr hoch sind. Die Ursachen des Anstiegs werden deshalb auf der einen Seite auf »die Zunahme des Sexuellen« aufgrund der durch neue Therapiemöglichkeiten abnehmenden Konsequenzerwartungen

gesehen; die wenigen biographischen Ansätze verweisen aber auch hier darauf, dass Kontexte wie soziale Lebenslagen (z.B. soziale Schicht, Bildungsniveau etc.) bei der Erklärung eine wichtige Rolle spielen. Hier ist die Unterstützung weiterer Forschung und die Umsetzung in politische Maßnahmen ein erklärtes Ziel der Schwusos. Der von der Bundesregierung im Jahr 2007 auf den Weg gebrachte Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV und Aids wird von den Schwusos sehr begrüßt und die umfassende Umsetzung des Plans gefordert.

Zusätzlich erwarten wir ergänzende und modellhafte Maßnahmen auf örtlicher und Landesebene. Auch hier muss nicht nur die Bestandserhaltung und der Ausbau der HIV-Präventionsprojekte gewährleistet sein; allgemein fordern wir auch auf Länderebene weiterführende Maßnahmen im Bereich Geschlechterdifferenzierender Gesundheitsangebote.

Frauengesundheit – Männergesundheit

Frauen und Männer erleben ihren Körper und ihr seelisches Wohlbefinden ganz unterschiedlich:

So setzen Männer »Gesundheit« im Allgemeinen mit der Abwesenheit von Krankheit und einer uneingeschränkter Leistungsfähigkeit gleich, wohingegen Frauen »Gesundheit« als Summe ihrer geistigen, seelischen und körperlichen

Integrität erleben. Darüber hinaus wirken sich Erkrankungen auf Frauen und Männer verschieden aus. Es bedarf spezifischer Diagnoseverfahren und Behandlungskonzepte für Frauen und Männer.

Das bundesdeutsche Gesundheitssystem ist allerdings vor allem an rein medizinischen Krankheitskonzepten und damit am männlichen Verständnis von Gesundsein und Krankseinausgerichtet. Die gesundheitlichen Belange von Frauen werden dagegen maßgeblich durch ihre spezifischen Arbeits- und Lebenssituationen, ihre körperlich-biologischen Bedingungen und ihren Umgang mit Gesundheit und Krankheit geprägt, die eben andere als bei Männern sind. Die mangelnde Berücksichtigung dieser Faktoren und ihre fehlende Verankerung in den Strukturen des Gesundheitswesens führen nach wie vor zu Fehlbehandlungen, Über- oder Unterversorgung von Frauen.

Während sich das Gesundheitssystem allmählich für geschlechtersensible Ansätze zu öffnen beginnt, sind die spezifischen Faktoren für Lesben und Schwule und ihr Verständnis von Gesundsein und Kranksein weiter tabu. So stellen internationale Studien einen Zusammenhang zwischen verbaler und körperlicher Gewalt gegen lesbische und schwule Jugendliche und ihre verschiedenen Probleme wie Schulschwierigkeiten, Treibgang, Drogenmissbrauch oder suizidales

Verhalten her. Das Suizidrisiko bei gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen wird etwa viermal höher als bei heterosexuellen Jugendlichen geschätzt.

Homosexuelle Männer nimmt das Gesundheitssystem fast ausschließlich als HIV- und Aids-Patienten wahr, während homosexuelle Frauen gänzlich ausgeblendet werden. Dabei legen Studien nahe, dass Lesben zum Beispiel häufiger rauchen als heterosexuelle Frauen, und diskutieren, ob Stress und Stigmatisierung wegen der Zugehörigkeit zu einer marginalisierten gesellschaftlichen Gruppe sowie Gewalterfahrungen als lesbenspezifische Risikofaktoren für riskanten Alkoholkonsum gelten können.

Menstruation, Familienplanung, Schwangerschaft und Klimakterium sind bedeutende Einschnitte im Leben einer Frau, die spezifisch weibliche, körperliche wie psychosoziale Gesundheitsrisiken bergen können. Lesben leugnen in der Regel diese Faktoren und Risiken. Dabei sind Infektionen, die durch heterosexuelle Kontakte zustande kommen, auch für Lesben dokumentiert, die nie mit Männern sexuell aktiv waren. Internationale Studien zeigen, dass lesbische Frauen seltener an der gynäkologischen Krebsfrüherkennung teilnehmen als heterosexuelle Frauen. Brustkrebs ist in Deutschland die häufigste Todesursache bei an Krebs erkrankten Frauen. Studien legen nahe, dass Lesben und bisexuelle Frauen über

Gender Studies – Queer Studies

50 Jahren eher an Brustkrebs erkranken als heterosexuelle Frauen. Dies wird in Zusammenhang mit den Risikofaktoren des Mammakarzinoms wie Kinderlosigkeit, höheres Alter bei der ersten Schwangerschaft oder höherer Alkoholkonsum gesehen, die bei lesbischen Frauen vermehrt auftreten.

Die Lesben und Schwulen in der SPD setzen sich vor diesem Hintergrund dafür ein, den geschlechtersensiblen Gesundheitsansatz in der Forschung und dem Gesundheitssystem zu verstärken, der stereotyp erstellte Diagnosen und Therapien verhindert, Frauen und Männer in ihrer Geschlechteridentität wertschätzt und sie als ganzheitliche Wesen wahrnimmt, die einer jeweils individuellen, geschlechterspezifischen Gesundheitsversorgung bedürfen. Darüber hinaus setzen sie sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Lesben und Schwulen in der Forschung und dem Gesundheitssystem Rechnung getragen wird. Lesben und Schwule müssen als gesellschaftliche Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen und Ressourcen zur Kenntnis genommen zu werden.

Mitte der 1980er Jahre entstand im deutschsprachigen Raum die Geschlechterforschung als eigene Disziplin, die das Erzeugen, die Relevanz, die Geschichte und die Praxis der Geschlechterdifferenz analysiert und »Geschlecht« als soziokulturelle Konstruktion versteht (»Gender« in Abgrenzung zum biologischen Geschlecht »sex«).

Allerdings besteht auch ein Widerspruch in der Tatsache, dass »Gender« zwar als konstruiert angesehen wird, das biologische Geschlecht und Sexualität hingegen als naturgegeben angenommen werden. Nach Judith Butler unterliegen das Verständnis und die Bewertung von biologischem Geschlecht ebenso dem Verständnis des sozialen Geschlechts. Diese von den Gender Studies lange Zeit nicht berücksichtigte Wechselwirkung führte zur Queer Theory, die das biologische Geschlecht, die Geschlechterrollen und die sexuelle Identität sowie die damit verbundenen Machtformen und Normen untersucht und einer kritischen Betrachtung unterzieht. Sie geht davon aus, dass alles, was mit geschlechtlicher und sexueller Identität (und in neueren Interpretationen, alles, was mit kultureller und sozialer Identität) zu tun hat, nicht naturgegeben, sondern Erscheinung und Produkt eines sozialen und kulturellen Konstruktionsprozesses ist. Die daraus entstandenen Queer Studies als Teildisziplin der Gender Studies führen im

deutschsprachigen Raum im Gegensatz zu den USA noch ein Schattendasein.

Die Lesben und Schwulen in der SPD setzen sich für eine weitere Unterstützung und angemessene Finanzierung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen in interdisziplinären Studiengängen und spezifischen Genderzentren ein. Darüber hinaus fordern sie die Einrichtung universitärer Angebote, die sich mit der Queer Theorie beschäftigen und dazu auch mit außeruniversitären Partnerinnen und Partnern, wie zum Beispiel dem 2006 gegründeten Institut für Queer Theory (Berlin, Hamburg) oder der Initiative Queer Nations zusammenarbeiten.

Ehe und Familie

Die Rechtslage von Lesben und Schwulen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert. Dennoch besteht weiterhin Ungleichheit gegenüber Heterosexuellen.

Gleichgeschlechtliche Paare müssen mit den gleichen Rechten und Pflichten Verantwortung füreinander übernehmen können, wie es heterosexuellen Paaren mit der Institution der Ehe möglich ist. Die eingetragene Lebenspartnerschaft, die unter der rot-grünen Bundesregierung 2001 in Kraft trat, ist insofern ein großer Fortschritt. Jedoch gleiche Rechte wie Ehepartner(innen) haben eingetragene Lebenspartner(innen) noch nicht. Dass eine Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe den durch das Grundgesetz garantierten Schutz der Ehe nicht in Frage stellt, hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1. Juli 2002 klargestellt.

Eine Öffnung der Ehe für Homosexuelle halten wir deshalb für folgerichtig und erstrebenswert. Dass die Standesämter in allen Bundesländern der Ort der Eintragung der Lebenspartnerschaft ist, darf nicht mehr in Frage gestellt werden.

Familie ist nach Ansicht der Lesben und Schwulen in der SPD dort, wo Kinder sind und Generationen und Lebenspartner Verantwortung füreinander übernehmen. Aus diesem Grund fordern wir das Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften. Das Kindeswohl

muss im Mittelpunkt stehen, die sexuelle Orientierung der potenziellen homosexuellen Adoptiveltern ist dagegen irrelevant.

Steuerliche Gleichstellung

Die steuerrechtliche Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaft gegenüber der Ehe muss ein Ende haben. So werden derzeit eingetragene Lebenspartner(innen) bei der Berechnung der Einkommensteuer wie Ledige behandelt. Und während sie wie Ehepartner(innen) erben, gelten sie wie Erbschaftssteuerrechtlich – wie auch schenkungssteuerrechtlich – als Fremde. Häufig muss deshalb eine in einer Lebenspartnerschaft aufgebaute Existenz nach dem Tod des Partners oder der Partnerin aufgegeben werden. Gerade hier zeigt sich, dass die derzeitige Rechtslage der Lebenswirklichkeit noch nicht genügt. Bei der anstehenden Reform des Erbschaftsgesetzes muss diese Tatsache berücksichtigt werden.

Überall dort, wo Benachteiligungen gegenüber der Ehe fortbestehen, etwa auch im Sozialversicherungsrecht (in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) oder im Beamtenrecht (beim Familienzuschlag, der Beihilfe im Krankheitsfall und bei der Pension), streiten wir für deren Überwindung durch den Gesetzgeber, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene.

Abschaffung des Ehegattensplittings

Das derzeitige Steuerrecht entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer modernen Familienpolitik. Das Ehegattensplitting belohnt Familien dafür, dass zumeist die Frauen mit ihren Kindern zu Hause bleiben, weil sich eine eigene Erwerbstätigkeit kaum lohnt. Gleichzeitig sind kinderlose Ehepaare gegenüber Familien mit Kindern erheblich begünstigt (»Double Income No Kids«). Notwendig ist stattdessen ein Steuerrecht, das alle Ehen, Lebensgemeinschaften und eingetragene Lebenspartnerschaften, in denen Kinder leben, fördert und gleichzeitig eine Benachteiligung von Alleinerziehenden beendet. Daher fordern wir langfristig die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Antidiskriminierung

Mit dem in 2006 in Kraft getretenem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das in der Großen Koalition gegen erhebliche Widerstände der CDU/ CSU durchgesetzt werden konnte, bestehen neue Chancen, Diskriminierungen (nicht nur, aber auch) von Schwulen und Lesben entgegenzutreten. Die Instrumente dieses Gesetzes wollen wir für jeden einzelnen, der Diskriminierung erfährt, sichtbar und nutzbar machen. Wir verstehen uns als ein Forum für die Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzen.

Wir erwarten aber auch die öffentlich-rechtliche Gleichstellung durch die Ergänzung des Artikels 3 Abs. 3 durch das Merkmal »sexuelle Identität« im Grundgesetz, um auch der zivilrechtlichen Gleichstellung gerecht zu werden.

Diversity – Wirtschaft

Diversity ist ein Schlagwort – das aber mit Leben gefüllt werden muss. Derzeit ist es immer noch schwierig für eine Führungskraft, offen zu seiner Homosexualität zu stehen. Es ist die Aufgabe moderner Gesellschaften, das Prinzip der Chancengleichheit zu verwirklichen, d.h. Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft, Weltanschauung usw. entgegenzuwirken. Hierzu gibt es schon auf Bundesebene gesetzliche Grundlagen – aber diese müssen noch unterstützend flankiert und mit Leben gefüllt werden. Wir wollen daher Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslosigkeit und zur Erlangung beruflicher Selbständigkeit fördern. Gleichzeitig Wirtschaftsnetzwerke und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Verbänden intensivieren. Nur der Austausch der Gruppen miteinander befruchtet für die gemeinsame Arbeit – mit Toleranz und ohne Diskriminierung.

Änderung des Transsexuellengesetzes

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 6. Dezember 2005 hat zum wiederholten Male gezeigt, wie reformbedürftig das Transsexuellengesetz (TSG) ist. Das TSG und die damit verbundene Rechtspraxis werden von vielen Transgendern als diskriminierend und willkürlich empfunden. Wir wollen verhindern, dass der Gesetzgeber nun in Klein-Klein verfällt und allein die angemahnten Änderungen des BVerfG angeht. Statt dessen wollen wir die grundlegende Reform des TSG.

Art. 1 Abs. 1 GG schützt die Würde des Menschen, wie er sich in seiner Individualität selbst begreift und seiner selbst bewusst wird. Wir wissen aber, dass Transgender im freien Empfinden ihres Geschlechts von den bestehenden Regelungen beinträchtigt und diskriminiert werden, entgegen ihrer verfassungsgemäß geschützten Rechte.

Wir fordern, dass Transgender ihren Personenstand ändern können, ohne dass sie sich einer „Geschlechtsumwandlung“ unterziehen müssen. Die Fortpflanzungsunfähigkeit als weitere Voraussetzung für die Personenstandsänderung hat keine nachvollziehbare Begründung und stellt eine ungerechtfertigte Schikane für Transgender dar. Die Gutachterpraxis für eine Vornamensänderung nach § 4 Abs. 3 TSG wird von vielen Transgendern als diskriminierend und willkürlich empfunden.

Als Alternative reicht eine notarielle glaubigte Erklärung über die eigene Geschlechtsidentität als ausreichende Voraussetzung für die Vornamensänderung, die mit einer Rechtsberatung durch den Notar verbunden ist.

Eine Verlagerung des gesamten Verfahrens von den Amtsgerichten auf die Standesämter könnte das Verfahren vereinfachen und Kosten sparen. Wie das BVerfG in seinem oben genannten Urteil festgestellt hat, muss es Transgendern, die sich »nur« für eine Vornamensänderung entschieden haben, möglich sein, eine rechtlich gesicherte Partnerschaft einzugehen. Da die sexuelle Orientierung völlig unabhängig von der geschlechtlichen Identität ist, muss eine Neuregelung es Transgendern möglich machen, je nach homosexuellem oder heterosexuellem Empfinden bei Berücksichtigung des aktuellen Personenstandes eine Lebenspartnerschaft oder eine Ehe einzugehen. Auch muss es (wie das BVerfG ebenfalls angemahnt hat) möglich sein, dass eine bereits bestehende Ehe von Transgendern nach einer Personenstandsänderung automatisch in eine Lebenspartnerschaft umgewandelt werden, damit sie weiter in einer rechtlich gesicherten Partnerschaft leben können.

Kirchen und Glaubensgemeinschaften

Wir erkennen den Wert der Kirchen und der Glaubensgemeinschaften in Deutschland an und schätzen deren soziales und karitatives Engagement in unterschiedlichen Bereichen. Wir wissen aber auch um die Diskriminierungen, die Lesben und Schwule durch die Kirchen und Glaubensgemeinschaften erfahren. Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung, die im Namen der Kirchen und Glaubensgemeinschaften geschürt werden.

Im Spannungsfeld Kirche und Homosexualität muss der intensive Dialog zu den Kirchen gesucht werden, um hier die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zu verbessern. Dies gilt für die eingetragene Lebenspartnerschaft und das Zusammenleben von homosexuellen Angestellten der Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Kirchen und Glaubensgemeinschaften müssen auch homosexuellen Menschen das Gefühl des Willkommens in der Gemeinschaft geben. Vorbehalte und Diskriminierungen müssen abgebaut und überwunden werden.

Wir Lesben und Schwule in der SPD unterstützen die Bestrebung einiger kirchlicher Institutionen, sich den Anliegen homosexueller Menschen zu öffnen.

Weiterhin fordern wir die Kirchen und Glaubensgemeinschaften auf, ihre Vorbildfunktion in der Jugendarbeit für einen würdigen Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern zu nutzen und einzusetzen. Dies impliziert einen toleranten und entspannten Umgang mit homosexuellen Menschen.

Wir fordern die Betriebe der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf, trotz ihrer Ausnahmestellung hinsichtlich des AGGs, die dort festgeschriebenen Richtlinien für den Umgang mit ihren Mitarbeitern umzusetzen.

Integration, Migration und Homosexualität

Deutschland ist ohne Zweifel ein Einwanderungsland. Der Prozess der Einwanderung in den vergangenen Jahrzehnten war ein Gewinn für Deutschland und hat zur Vielfalt in unserem Land beigetragen.

Viele Einwanderinnen und Einwanderer haben sich in unsere Gesellschaft integriert. Allerdings gibt es auch Migrantinnen und Migranten, die sich aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen, Arbeitslosigkeit und religiösen Fundamentalismus der Integration verweigern. Eine aktuelle Studie kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass über drei Viertel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine homosexuellenfeindliche Einstellung haben.¹ Dies hat auch zur Folge, dass Vorurteile gegenüber Lesben und Schwulen nicht abgebaut werden und es zu Diskriminierung und antihomosexueller Gewalt von Seiten der Migranten kommt. Besonders betroffen davon sind Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund. Sie müssen oft durch den Druck ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld ein Doppelleben führen, in dem sie zu Alibi-Hochzeiten gezwungen, mit dem Verstoßen aus der Familie und dem Entzug finanzieller Unterstützung bedroht werden sowie körperliche Gewalt befürchten müssen.

Diese Homosexuellenfeindlichkeit in Teilen der Migrantenbevölkerung stellt eine Gefahr für die in den letzten Jahren erreichte Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen dar und darf nicht hingenommen werden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass der Respekt gegenüber Homo-, Bisexuellen und Transgendern gefördert und Vorurteile abgebaut werden. Dies muss Teil der Integrationspolitik sein. Wir setzen uns daher für eine Debatte über die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen in den Migrantengemeinschaften ein. Das Prinzip der Demokratie, des Pluralismus und der individuellen Freiheitsrechte muss gestärkt werden.

¹ Bernd Simon: *Einstellungen zur Homosexualität. Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund*, Kiel 2007.

Internationales

Als Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD sehen wir uns in der Solidarität mit allen homo-, bisexuellen und transgener sexuellen Menschen weltweit.

In vielen Ländern sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender nach wie vor unmittelbarer Gefahr für ihr Leben ausgesetzt, in über 80 Staaten ist Homosexualität strafbar. In Afghanistan, Iran, Jemen, Mauretanien, Saudi-Arabien, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten droht sogar die Todesstrafe. Aber die Erfahrung der letzten Jahre zeigen, dass auch in den Mitgliedsländern der Europäischen Union noch einiges zu tun ist: In Polen und Litauen wurden und werden CSD-Demonstrationen verboten, beim CSD in Rom wurden küssende Männer verhaftet, in vielen osteuropäischen Ländern fehlt neben einer gesellschaftlichen Grundakzeptanz auch die rechtliche Basis. Auch der deutsche Papst in Rom spricht nach wie vor von (Fehl)geburt/ Degeneration/Sünde).

Trotzdem bietet die europäische Ebene eine starke Plattform, um den Druck auf die Mitgliedsländer aufrecht zu erhalten. Nach der Einführung diverser Regelungen zu Lebenspartnerschaften und Ehen muss nun die europaweite gegenseitige Anerkennung dieser folgen.

Der Arbeitskreis engagiert sich nach Kräften in der Rainbowrose, dem Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer LGBT-Gruppen in der SPE, und unterstützt die Intergroup und die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament. Dabei unterstützen wir auch die laufenden Bemühungen auf internationaler Ebene, die sexuelle Orientierung stärker in Mittelpunkt universaler Menschenrechte zu stellen.

Asyl

Zu diesen Anliegen der Lesben und Schwulen in der SPD gehören auch das Asylrecht und der Flüchtlingsschutz für verfolgte Homosexuelle aus anderen Staaten. Betroffene erwarten in ihren Heimatländern Gefängnisstrafen, Folter oder sogar Todesstrafen. In der internationalen Gemeinschaft, insbesondere in der Europäischen Rechtsgemeinschaft, müssen diese Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen durch die staatlichen Organe immer wieder angesprochen und kritisiert werden. Gleichzeitig fordern wir, dass Verfolgung aufgrund von sexueller Identität als Asylgrund bzw. Fluchtgrund anerkannt wird.

Gewalt gegen Lesben und Schwule

Gewalt gegen Lesben und Schwule ist leider immer noch täglich zu erleben. Von subtiler körperloser Gewalt bis hin zu körperlichen Angriffen werden täglich an Überfalltelefone und Beratungsstellen gemeldet. Eine aktive Auseinandersetzung mit diesem Thema, die Unterstützung der Antigewaltprojekte und die Anerkennung der Opfer im Rahmen der staatlichen Opferhilfe ist Ziel unserer sozialdemokratischen Politik.

Lesben und Schwule im Sport

Sport nimmt in der Lebenswelt von Lesben und Schwulen einen breiten Raum ein. Nicht wenige treiben aktiv Sport und sind in Vereinen und Sportstudios zu finden. Einerseits teilen Lesben und Schwule mit der Heterowelt das Bedürfnis nach körperlicher Fitness und die Begeisterung für das sportliche Erlebnis. Andererseits werden sie in der heterosexuell geprägten Sportwelt entweder offen diskriminiert oder schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Um Sport auch unter ihresgleichen treiben zu können, ist in den vergangenen 20 Jahren eine starke lesbisch-schwule Sportbewegung entstanden. In fast allen Großstädten, mit einer nennenswerten lesbisch-schwulen Community, sind entweder rein lesbische und schwule oder gemischt lesbisch-schwule Sportvereine

gegründet worden. Diese Sportvereine bieten ein breites und repräsentatives Spektrum von unterschiedlichen Sportarten an. Diese schwullesbischen Sportvereine und ihre Zusammenschlüsse wollen wir nachdrücklich unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vereine auch in der Zukunft durch öffentliche Zuschüsse und das Einräumen von Nutzungsrechten an öffentlichen Sportstätten und den gleichberechtigten Zugang zu den Sportverbänden ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen können. Dabei verstehen wir die lesbisch-schwule Sportbewegung nicht als ein Mittel der Isolation von Lesben und Schwulen in der Sportwelt. Lesbisch-schwule Vereine sind längst nicht mehr nur geschützte Räume, sondern sind in vielen Bereichen inzwischen auch in den Ligen und Sportverbänden als Mitglieder präsent und machen lesbisch-schwules Sportleben auch für Heterosexuelle sichtbar. Sie tragen dazu bei, dass lesbische und schwule Sportlerinnen und Sportler in ihrem Sport selbstbewusst ihre sexuelle Identität leben können.

Der Diskriminierung in Sportvereinen sowohl von Trainerinnen und Trainern als auch vom Vereinskollegium muss entgegen gewirkt werden. Auch der Verein ist ein öffentlicher Raum, in dem Homophobie kein Platz hat. Hier gilt es, eine öffentliche Diskussion in Gang zu bringen und diejenigen zu unterstützen, die aufgrund ihrer Homosexualität gemobbt und ausgegrenzt werden.



Herausgeber:
SPD Deutschland
Arbeitskreis Schwusos
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
D-10963 Berlin

buero@schwusos.de
www.schwusos.de